

Bekräftigung der ökumenischen Öffnung des niederländischen Katholizismus im Zug des konziliaren Reformprozesses, die sich vor allem in vielen Initiativen auf örtlicher Ebene niederschlug. Inzwischen ist auch in den Niederlanden die Situation der katholisch-reformatörischen Ökumene komplexer und schwieriger geworden, was nicht zuletzt mit den internen Auseinandersetzungen auf katholischer Seite zu tun hat. Herausragende ökumenische Ereignisse oder Initiativen sind deshalb auch aus den Jahren seit der Sondersynode nicht zu vermelden, in deren Beschluß Nr. 46 die Bischöfe ermahnt wurden, darüber zu wachen, daß ökumenische Aktivität, „den vom Glauben gestellten Forderungen Rechnung trägt“.

Ein *wichtiges ökumenisches Signal* haben dagegen die beiden großen protestantischen Kirchen gesetzt, denen gegenwärtig ca. 22% (Hervormde Kerk) bzw. 9% (Gereformeerde Kerken) der niederländischen Bevölkerung angehören. Die Kirchen, deren Gemeinden vielfach schon eng miteinander kooperieren und deren Synoden seit 1973 mehrere gemeinsame Tagungen durchgeführt haben, werden in Zukunft noch enger zusammenrücken. Auf einer gemeinsamen Synodaltagung wurde 1982 der Beschluß gefaßt, die Kirchen sollten die notwendigen Schritte unternehmen, um 1986 verbindlich erklären zu können, sie befänden sich „im Zustand der Wiedervereinigung“. Das Jahr 1986 wurde gewählt, weil sich 1886 die entscheidende Abspaltung konservativer Calvinisten von der in ihren Augen zu liberalen reformierten Staatskirche vollzogen hatte. Im übrigen sind auch in der kleinen Lutherischen Kirche der Niederlande (etwa 30 000 Mitglieder) Überlegungen im Blick auf eine mögliche Vereinigung mit den reformierten Kirchen im Gange.

Hoffnungsvolle Zeichen – bleibende Spannungen

Nicht nur das reformierte Einigungsprojekt ist auf seinem künftigen Weg mit etlichen Unwägbarkeiten belastet. Auch im Blick auf die weitere Entwicklung im niederländischen Katholizismus ist *noch einiges offen*. Das gilt vor allem für die entscheidende Frage, ob es mit den vorhandenen Strukturen und Initiativen gelingt, den Glauben durch das Zeugnis der Christen und ihrer Gemeinden lebendig zu erhalten und ihm neue Strahlkraft zu geben.

Ebenso wird sich zeigen müssen, ob der Dialog zwischen den verschiedenen Richtungen und Strömungen in der Kirche verstärkt werden und damit die Polarisierung gemildert werden kann. In dieser Hinsicht gibt es einige hoffnungsvolle Signale.

Dazu gehört der erwähnte Aufruf der „Marienburg-Gruppe“, der Selbstkritik im Blick auf den Verlauf der nachkonziliaren Veränderungen im niederländischen Katholizismus erkennen läßt und sich ausdrücklich zu der besonderen Berufung und Verantwortung der Bischöfe bekennt, gleichzeitig aber für die Respektierung teilkirchlicher Initiativen durch Rom und für eine an den wirklichen Problemen der Menschen orientierte Ausübung der kirchlichen Leitungsvollmacht plädiert. Der Aufruf fand ein sehr großes, durchweg positives Echo und wird in den meisten Diözesen nicht nur in einzelnen Gruppen, sondern auch in den offiziellen Gremien diskutiert. Der neue Haarlemer Weihbischof *Lescrowaet* äußerte bei einem Vortrag, das Papier der „Marienburg-Gruppe“ sei ein guter Ausgangspunkt für Gespräche, mit denen man das Mißtrauen in der Kirche überwinden können. Dazu kommt, daß die Emotionen, die durch die Bischofsernennungen im letzten Jahr hervorgerufen wurden, weithin wieder abgeklungen sind. Zu einer gewissen Klimaverbesserung hat auch das bisher behutsame Auftreten der neuen Bischöfe beigetragen.

Im Herbst soll in den Niederlanden wieder die „Nationale Pastorale Beratung“ zusammentreten. Die Bischöfe haben im Februar vorgeschlagen, dieses Mal über den Zusammenhang zwischen christlicher Glaubensüberzeugung und Zugehörigkeit zur Kirche zu sprechen. Sollte es dazu kommen, wird es an Stoff gewiß nicht fehlen. Schließlich liegen an diesem Punkt die *Stärken und die Schwächen* des niederländischen Katholizismus eng beieinander: auf der einen Seite das verständliche Eintreten für ortskirchliche Eigenständigkeit und möglichst umfassende Mitsprache der Gläubigen, auf der anderen Seite ein teilweise übertriebenes Mißtrauen gegenüber dem kirchlichen Amt, vor allem gegenüber römischen Institutionen. Die niederländische Kirche ist mit ihrem doppelten Erbe – hier das längst sprichwörtliche „Rijke Roomse Leven“ eines hochorganisierten Diasporakatholizismus, dort der singuläre nachkonziliare Aufbruch – noch längst nicht fertig.

Ulrich Rub

Ein Faß ohne Boden?

Tansanias Talfahrt

Als Präsident *Julius Nyerere* in Tansania 1961 sein politisches Konzept des *tansanischen Sozialismus* verkündete, löste das in verschiedenen Teilen der Welt unterschiedliche Reaktionen aus. Manche westlichen Regierungen und Sachverständigen sahen in dieser Politik nichts als eine Abart des chinesischen Kommunismus. Die kommunisti-

schen Regierungen waren verwirrt darüber, mit wieviel Nachdruck von Tansania der Gegensatz zwischen afrikanischem Sozialismus und atheistischem Kommunismus herausgearbeitet wurde. Auch die Kirche mißtraute dieser marxistisch-christlichen Philosophie, obwohl der Präsident versicherte, er sei ein praktizierender Katholik und

seine Philosophie gründe auf urchristlicher Lebensweise und auf afrikanischem Erbe.

Die Folge war, daß Tansania in den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit kaum Auslandshilfe erhielt. Dies änderte sich schlagartig, nachdem die tansanische Einheitspartei TANU (Tanganyika Africa National Union; jetzt CCM: Chama cha Mapinduzi) 1967 in der *Arusha Deklaration* ein Konzept der Entwicklung aus eigenen Kräften vorlegte, dessen Argumentationsweise westliche wie östliche Geberländer zu überzeugen schien (vgl. HK, Juli 1970, 318). In den darauffolgenden Jahren erhielt Tansania mehr materielle und personelle Hilfe als jedes andere afrikanische Land und galt z. B. auch dem Bonner Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit während der siebziger Jahre als besonders förderungswürdig. Das ostafrikanische Land mit heute fast 19 Millionen Menschen, auf dessen Fläche die Bundesrepublik und Frankreich bequem Platz hätten, hat dank *fruchtbarer Böden* und *unterschiedlicher Klimazonen* ein hohes Potential für landwirtschaftliche Nutzung. Seine Ressourcen reichen nicht nur für Selbstversorgung, Tansania könnte für Länder in seinem Umkreis auch in größerem Stil Lieferant von Agrarprodukten sein. Statt dessen ist es *abhängig von Nahrungsmittelimporten* geworden, muß es Grundnahrungsmittel rationieren, gleitet es in eine immer kritischer werdende Versorgungslage ab. Die wirtschaftliche Agonie des Landes greift mehr und mehr auch auf die politische Führung über.

Die von Korruption, Nepotismus und einer geringen Arbeitmoral geprägte *Mißwirtschaft* wird zunehmend dem Staatschef angelastet. Für Julius Nyerere, den „Mwalimu“, den Lehrer der Nation, der seit 1961 die Geschicke des Landes bestimmt, steht so auch seine persönliche Zukunft auf dem Spiel. Daß seine Stellung im Land nicht mehr unumstritten ist, zeigte z. B. ein Anschlag auf ihn Ende 1982, über den die Regierung allerdings nie genauere Angaben machte.

Was ist aus „Ujamaa“ geworden?

Bis vor ca. 20 Jahren lebte die *Landbevölkerung*, gut 90% der Einwohner insgesamt, weit verstreut in Einzelgehöften und Weilern: Dörfer bildeten sich traditionell nur wenige. Nyerere ließ das *Ujamaa-Konzept* (suaheli für Gemeinschaft, Brüderlichkeit) entwerfen (vgl. HK, Juli 1970, 318), ein Programm zur Zusammenfassung der Bevölkerung in Dorfgemeinschaften. So sollten politische Selbstverwaltungszellen gebildet werden und die Bevölkerung in die Lage kommen, für die nötige Nahrungsmittelproduktion sorgen und Kleinhandel und Kleingewerbe entwickeln zu können. Über diese Basisstruktur sollte das Land für die Regierung verwaltbar werden und die Bevölkerung zugleich Einfluß auf die politische Willenbildung gewinnen.

Die Ujamaa-Idee hatte zum Ziel, die ländlichen Gebiete so zu entwickeln und zu stärken, daß niemand genötigt sein sollte, aus purer Not in die Städte abzuwandern. Ein

ursprüngliches Vorbild in der Frühphase der Ujamaa-Politik waren die Kibbuzim in Israel. 1962/63 wurden *zunächst auf freiwilliger Basis Ansiedlungsprogramme* durchgeführt, welche die verstreut lebenden Kleinbauern in Dörfern konzentrieren sollten. Aber Bauern zeigten an solchen Umstrukturierungen naturgemäß wenig Interesse. Und für den Staat, der für die Maßnahmen aufzukommen hatte, wurden sehr bald die Kosten zu hoch.

1968 galt dieses Programm bereits als beendet und wurde durch die „Frontalkampagne“ einer Massenmobilisierung für die eigentlichen Ujamaa-Dörfer abgelöst, in denen nun der *Anteil kollektiv bebauten Landes* als Ausgangspunkt für Versorgung, Export und Entwicklungsfinanzierung gesteigert werden sollte. Der Anteil des Kollektivlandes schwankte dabei zwischen 2% und maximal 50% (vgl. NZZ, 23. 7. 80). Die Landwirtschaft besteht aber heute noch zu 80% bis 90% aus Feldern von Kleinbauern, die nebenher einen Teil ihrer Arbeitsleistung für das Kollektiv erbringen.

Da die Regierung dieses *zweite Programm* auch ohne Rücksicht auf wichtige Bevölkerungsteile verwirklichte und Bauern, die nicht umziehen wollten, oft mit Gewalt „überzeugte“, setzte sie die Glaubwürdigkeit des gesamten Projekts aufs Spiel. 13 000 Bauern forderten jedenfalls anschließend Entschädigung. Viele der neuen Dörfer waren nie lebensfähig, so vertrug z. B. mancher Boden die intensivere agrarische Nutzung nicht. Der Verdruß über die Zwangsmaßnahmen desavouierte zugleich die kollektiven Produktionsformen, die in sich sinnvolle Übertragung des landesüblichen Selbstversorgungsprinzips auf die größere Gemeinschaft, durch die größere Überschüsse erwirtschaftet werden sollten.

Offiziell gilt dieses Programm seit 1976 als abgeschlossen. Über 90% der ländlichen Bevölkerung leben heute in sogenannten „registrierten Dörfern“, deren Zahl mit 8 229 (vgl. NZZ, 23. 7. 80) angegeben wird. Die Folge der Kollektivierung war aber seit Mitte der siebziger Jahre ein *jährlicher Rückgang der Ernten*. Es schrumpfte nicht nur die einheimische Versorgungsbasis, sondern auch der Export, auf den das rohstoffarme Tansania angewiesen ist: Die Landwirtschaft erbringt mit der Ausfuhr vor allem von *Kaffee, Sisal und Baumwolle* an die 85% der Deviseneinnahmen Tansanias (vgl. Afrika Post, 11/83). Die ausländische Hilfe in Form von Weizen-, Reis- und Maislieferungen droht langfristig die Probleme des Landes noch zu verschärfen, da sie Eigenanstrengungen der Landwirtschaft schwächt und so die Korrektur von Fehlleistungen verzögert.

Mißwirtschaft, Trockenheit und Krieg

Zweifellos haben auch die *steigenden Ölpreise* – 50% bis 60% der Exporteinnahmen müssen für Ölimporte ausgegeben werden – und die *Verschlechterung der internationalen Handelsbedingungen* sowie einige Dürreperioden dem Land sehr geschadet. Die Staatsfinanzen endgültig zerrütet hat dann der *Krieg gegen* die Truppen Idi Amins in

Uganda 1979 und die nachfolgende Besetzung des Landes.

Auch wenn von offizieller Seite diese extern bedingten Belastungen in den Vordergrund gestellt werden, spricht man in Tansania selbst über die Unzulänglichkeiten, die aus dem System heraus bedingt sind. Die Gründe für den Fehlschlag vieler Entwicklungsprojekte ähneln denen in anderen schwarzafrikanischen Ländern mit völlig anderem Gesellschaftssystem: Mangel an Fachleuten, geringe Eignung der Betriebsleiter, aber auch Gleichgültigkeit und Korruption der am Betriebserfolg nicht interessierten Verantwortlichen.

Ein *Sonderparteitag der CCM* vom Januar 1982 führte neben schlechtem Wetter und mangelnden Devisen auch *Planungsfehler* und mangelndes Engagement als Gründe für die katastrophale Wirtschaftslage an (vgl. FAZ, 14. 9. 83). Verheerend für die Finanzen wirkte sich auch die verfehlte *Wechselpolitik* der Regierung aus. Der Wert des tansanischen Schillings gegenüber dem Dollar wurde künstlich hochgehalten und damit erhielten *Schmuggel* und *Schwarzmarkt* immer mehr Auftrieb. Bei staatlich festgesetzten Preisen für die meisten Konsumgüter lohnte es sich für die meisten Händler nicht, die für teure Devisen erworbenen Güter für wertlose tansanische Schillinge zu verkaufen. Ausländische Devisen erzielten 1983 auf dem Schwarzmarkt das fünf- bis sechsfache des offiziellen Kurses; eine Zeitlang tolerierte die Regierung den Schwarzmarkt sogar, weil nur dort noch knappe Güter wie Öl, Seife, Zucker und Ersatzteile überhaupt erhältlich waren.

Am 25. März 1982 allerdings startete Präsident Nyerere eine landesweite *Polizeiaktion gegen „wirtschaftliche Sabotage“*. Zeitweilig wurden sogar alle Landesgrenzen geschlossen. Die Razzien in allen Teilen des Landes förderten zahlreiche Warenlager und auch größere Geldsummen zutage. Den Verhafteten, deren Zahl in die Tausende gehen soll (vgl. NZZ, 12. 4. 83), drohen Verfahren vor Sondergerichten. Die Strafen sehen Gefängnis bis zu 15 Jahren oder die Pflicht zur Ableistung „produktiver Arbeit“ auf Straf-Farmen vor. Besonders betroffen von der Kampagne sind die rund 10 000 Tansanier *indischer Herkunft*, die seit Jahrzehnten die Händlerschaft im Lande stellen.

Mit dieser Aktion kuriert Nyerere jedoch eher Symptome als die Ursachen der Krise. Auch die auf Drängen des Internationalen Währungsfonds am 6. Juni 1983 erfolgte *Abwertung der Währung* um 20% ist zu gering angesetzt, als daß sie sich wirtschaftlich auswirken könnte.

Entwicklungspolitische Fehlplanungen

Die Entwicklung Tansanias muß aber vor allem diejenigen enttäuschen, die den Glauben nicht aufgegeben haben, daß internationale Hilfe einen entscheidenden Beitrag bei der Überwindung von Hunger und Armut in der Dritten Welt leisten kann.

Tansania ist auf Betreiben Nyereres mit *Auslandshilfe* rela-

tiv gut versorgt worden. Kein Land in Afrika erhielt einen höheren Pro-Kopf-Beitrag an Entwicklungshilfe als Tansania; in kaum einem anderen Land waren so viele Entwicklungshelfer und -experten tätig und nirgends wurde mit mehr sogenannten „neuen Entwicklungsmodellen“, angepaßten Technologien und interdisziplinären, integrierten Lösungsansätzen experimentiert als in diesem „Muster-Entwicklungsland“. Auch für die deutsche Entwicklungspolitik zählte Tansania lange zu den Schwerpunktländern. Bis 1981 erhielt es knapp eine Milliarde DM an finanzieller und technischer Hilfe und steht damit an der Spitze der schwarzafrikanischen Länder. Daß aber Tansania in den Jahren, als die finanziellen Zuwendungen relativ reichlich flossen, sich neben dem Aufbau von Schulen bevorzugt für die *Erstellung von modernen Industrieanlagen* entschied, hat sich hier wie auch in anderen Ländern der Dritten Welt als Fehlplanung erwiesen.

So wurden z. B. an der Küste mit Hilfe der Weltbank Ende der siebziger Jahre elf *Fabriken zur Verarbeitung von Cashew-Nüssen* errichtet, meist mit einer Jahreskapazität von 110 000 Tonnen. Doch zwischen 1974/75 und 1982/83 ging der Ertrag der Nußernte von 522 000 auf 43 000 Tonnen zurück. Die Fabriken konnten deshalb nie ausgelastet werden. Manche wurden gar nicht erst in Betrieb genommen. Sie wurden zu „Kathedralen in der Wüste“.

Mangelnde Koordination der Planungen und die Vernachlässigung der Wechselwirkungen mit anderen Bereichen verwandelten auch andere ehrgeizige Industrieprojekte in *Investitionsruinen*. Im Süden des Landes steht seit vier Jahren eine mit schwedischem Kapital errichtete Zementfabrik, die noch keinen einzigen Zementsack produziert hat: es fehlt der Strom zum Betreiben der modernen Anlagen. Mit kanadischer Unterstützung wurde Anfang der siebziger Jahre in Daressalam eine staatliche Großbäckerei mit einer Tagesleistung von 60 000 Stück gebaut. Die Staatsbäckerei verkaufte Brot zu subventionierten Preisen und machte damit zahlreiche Kleinbäcker brotlos. Heute mangelt es dem Großbetrieb an Mehl, Backpulver und Ersatzteilen, höchstens noch 20 000 Brote verlassen täglich die Fabrik.

Die Desillusionierung hat in Bonn – vor allem seit dem Regierungswechsel – aber auch in anderen westlichen Hauptstädten eine lebhafte Diskussion ausgelöst, ob weitere Entwicklungshilfe für Tansania noch sinnvoll ist. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit spielte mit dem Gedanken, noch laufende Abmachungen zu erfüllen, aber keine weiteren Zusagen mehr zu geben. Aber auch im Lager der Unionsparteien herrscht diesbezüglich keine Einigkeit, so entwickelte z. B. der CDU-Abgeordnete *Hans-Peter Reppnik* unter dem Titel „Sollen die Menschen für die Fehler ihrer Führer büßen? ein breit angelegtes Plädoyer für weitere Zuwendungen an Tansania (FAZ, 14. 9. 83). Die Entscheidung fiel Anfang des Jahres, und am 20. Januar wurde ein Regierungsabkommen über finanzielle Zusammenarbeit in einem Volumen von 74,6 Millionen DM zwischen der Bundesrepublik Deutschland

und Tansania unterzeichnet (vgl. Nachrichten für den Außenhandel, 23. 1. 84).

Nyerere und das Christentum

Das Vertrauen, das die Vertreter westlicher Länder in Nyereres Modell setzten, hatte einen seiner Gründe auch im Bekenntnis des Katholiken Nyerere zum *Christentum* und in der vergleichsweise *guten Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat*, die nur selten getrübt wurde.

Mit nahezu 3 500 000 Gläubigen, d. h. 19,4% der Gesamtbevölkerung sind die Katholiken die stärkste christliche Konfession im Land; der Anteil der Protestanten beträgt etwa 10%, ein Drittel der Gesamtbevölkerung sind Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen. Etwa 30% sind Muslime. Nyerere selbst wurde nie müde, seine Sicht des *Zusammenwirkens von Kirche und Staat* in Vorträgen und Aufsätzen darzulegen. Besonders ausführlich geschah das zuletzt anlässlich der achten Generalversammlung der CIDSE, der internationalen Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Hilfswerke, die im Februar 1981 in Daresalam stattfand.

In seiner damaligen Rede (vollständiger Text in: *Weltkirche* 2/81, Zitate ebd.), forderte Nyerere die katholische Kirche auf, mit den sozialistischen Regierungen in Afrika enger zusammenzuarbeiten, da soziale Gerechtigkeit und Verwirklichung der Menschenrechte gemeinsame Ziele seien. Nyerere analysierte die Arbeit der Missionare vor und während der Kolonialzeit und die Beweggründe der Afrikaner, sich dem Christentum anzuschließen: „Manchmal, je nach der tonangebenden Kirche und der Eigenart der betreffenden Kolonialregierung, wurde die Kirche fast zu einem Arm dieser Kolonialregierung. Die katholische Kirche war dieser Gefahr besonders ausgesetzt wegen der Konkordate zwischen dem Vatikan und verschiedenen europäischen Regierungen. Afrikaner waren – und sind – ebenfalls Kinder ihrer Zeit und Gesellschaft. Wir nahmen Teile der kirchlichen Lehre an und ließen andere unbeachtet.“

Nyerere warf auch die Frage nach der *Rolle der Kirche* in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Gesamtafrikas auf. Er ging dabei von einer zweifachen Funktion der Kirche aus, da sie einerseits die „persönliche Integrität zu entwickeln suche ... die auch lebenswichtig für den Erfolg genossenschaftlicher Entwicklungsarbeit“ ist, andererseits „die bewußte Förderung von Tätigkeiten der Gemeinschaftsentwicklung“ pflege.

Auf die besonderen Probleme „gerade der katholischen Kirche in einem sozialistischen Staat“ ging Nyerere damals sehr ausführlich ein: „Zweifellost stieß die Kirche von altersher auf wenig Schwierigkeiten bei ihrer Arbeit in kapitalistischen Staaten, selbst wenn diese äußerst autokratisch und totalitär waren ... Aber sie bleibt weiter unsicher gegenüber Staaten, die sich zum Sozialismus bekennen, manchmal betreibt sie sogar Parteipolitik in dem Bestreben, Parteien, die sich als sozialistisch bezeichnen, am Erlangen der politischen Macht zu hindern. Ich finde das sonderbar.“

Nach Nyerere hat die Kirche hervorragend Gelegenheit, „durch ihren Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung direkt am *Kampf um soziale Gerechtigkeit* teilzunehmen ...“ In Tansania habe jedes Dorf und jeder Distrikt in seinem Entwicklungsprogramm mehr Projekte, als ohne Hilfe ausgeführt werden könnten. Außerdem könnten „Kirchliche Entwicklungsorganisationen, die mit ortsansässigen Christen zusammenarbeiten ... auch Pionierarbeit auf Gebieten leisten, wo Christen Bedürfnisse wahrnehmen, denen der Staat hohe Priorität zuerkennen will oder kann.“

Verhaltens Optimismus der Kirche

Noch 1968, zur Hundertjahrfeier der katholischen Kirche in Tansania, stellten sich die *Bischöfe* in einer Erklärung ausdrücklich hinter die Arusha-Deklaration von 1967 mit ihrem „Geist der Brüderlichkeit, des Teilens, des Dienens und der harten Arbeit“. Die Kirche könne sich „vom Ansatz ihrer eigenen Arbeit und Absichten in Tansania her ... mit Partei und Regierung solidarisch erklären“, hieß es damals (vgl. HK, Juli 1970, 320). Im Laufe der folgenden Jahre rückten die Bischöfe aber von ihrer Zustimmung zum Regierungskonzept ab und ließen z. B. 1971 die Antikommunismus-Enzyklika Pius' XI. in Suaheli übersetzen, um sie in der Pastoral einsetzen zu können.

Differenzierter fiel die Einschätzung der Bischöfe 1972 im *Hirtenbrief* „*Frieden und gegenseitiges Verstehen*“ aus. Die Bischöfe warnten vor der Gefahr einer übermäßigen Bevormundung der Wirtschaft, einer peniblen Kontrolle des gesamten öffentlichen Lebens und vor der Machtkonzentration durch die Tätigkeit der Einheitspartei (vgl. Die Katholischen Missionen, 2/82, 64). Die 1487 Priester des Landes sind jeweils etwa zur Hälfte Diözesan- und Ordenspriester; ca. 50 Prozent aller Priester sind Afrikaner. Etwas günstiger liegt das Zahlenverhältnis bei den 3665 Ordensschwwestern, die zu knapp 60% Schwarze sind. Die beiden Erzdiozesen und 23 Diözesen werden bis auf zwei von afrikanischen Bischöfen geleitet (vgl. Die Katholischen Missionen, 2/82, 66). Anlaß zu der Hoffnung, daß die Eigenständigkeit der tansanischen Kirche wächst, geben die mehr als 400 Theologiestudenten.

Ähnlich wie in Kenia (vgl. HK, Januar 1984, 41), bemüht sich die katholische Kirche und insbesondere die Orden in Tansania, ein Netz von *Basisgemeinschaften* (SCC, d. h. Small Christian Community) aufzubauen (vgl. Pro Mundi Vita Nr. 31, Januar 1982 und *Weltkirche* 5/83), die den Ujamaa-Dörfern entsprechen.

Daß dies nicht ohne Reibungen abgeht, läßt sich einem Gespräch entnehmen, das Präsident Nyerere mit einer *Delegation der Ordensoberen* in Tansania führte, die ca. 1200 ausländische und 150 einheimische Ordensmänner und -frauen vertrat (vollständig in: *Missionen* 3–4/78). Die Fragen der Ordensvertreter kreisten vor allem darum, wie Nyerere „die Anwesenheit einer solchen Masse von Ausländern mit nicht sozialistischem Hintergrund“ sehe und ob er glaube, daß es ausländischen

Ordensleuten, die bisher „in großen, geräumigen Häusern gelebt haben“ zuzumuten sei, „diesen Lebensstil aufzugeben“ und so zu leben wie die Bewohner der Ujamaa-Dörfer. Der Pragmatiker Nyerere antwortete auf diese Frage unmißverständlich: „Wenn normale Laien aus kapitalistischen Ländern im sozialistischen Tansania arbeiten können, ohne das Gefühl zu haben, zu sehr Außen-seiter zu sein, dann sollte es für Missionare noch leichter sein, das zu tun.“

Weiter Grauzone?

Trotz einer vergleichsweise moderaten Innenpolitik und der vielseitigen internationalen Kontakte, die Tansania den Ruf einbrachten, daß das Land „gemessen am Stand anderer afrikanischer Staaten in puncto „Menschenrechtslage immer noch befriedigend“ (FAZ, 14. 9. 83) da-

stehe, wird Nyereres Politik doch immer fragwürdiger. Zuletzt geriet er im Herbst vergangenen Jahres ins Kreuzfeuer der internationalen Presse, als er nach der Öffnung der Grenze zu Kenia Dissidenten und Flüchtlinge aus diesem Land über die Grenze zurückschickte – und das, obwohl er noch kurz zuvor den Nansen-Preis des Uno-Hochkommissariates für seinen Einsatz für Flüchtlinge erhalten hatte (vgl. NZZ, 22. 11. 83).

Der größte Teil der Schwierigkeiten, in denen Tansania heute steckt, ist durch teilweise falsche entwicklungspolitische Grundentscheidungen entstanden. Davon, ob Nyerere, der inzwischen seinen Rücktritt angekündigt hat, bereit ist, Korrekturen vorzunehmen, wird es abhängen, ob richtig geleistete Entwicklungshilfe in Zukunft wirksam werden kann. Noch gefällt sich Tansania in der Rolle als „Grauzone“ von Ost und West gleichermaßen umworben zu sein.

Cordelia Seng

Vom süßen Gift der Unfreiheit

Zu Esther Vilars „Die amerikanische Pöpstin“

Angst vor der Freiheit – das ist ihr Thema. Am Beispiel der Beziehungen von Mann und Frau skizzierte Esther Vilar es vor mehr als zehn Jahren („Der dressierte Mann“). Am Beispiel der Religion und in Form eines Theaterstücks illustriert sie es heute: „Die Antrittsrede der amerikanischen Pöpstin“. Was die einen an Esther Vilar schätzen, macht sie in den Augen der anderen unsehr: ihr frecher, pamphletistischer Stil. Und in dem, was die einen ablehnen, erkennen die anderen eine realistische Sicht der Wirklichkeit. Esther Vilar bürstet die Dinge gegen den liebgewonnenen Strich. Man mag ihr vehement widersprechen, ja das von ihr Vertretene für überaus gefährlich, schlicht reaktionär und zynisch halten: Sie bringt Strömungen und Bedürfnisse auf den Punkt, die nicht einfach zu negieren sind. Am *Zürcher Theater am Hechtplatz* erlebte Vilars neuestes Theaterstück seine deutschsprachige Uraufführung – mit einigem Erfolg (Zitate nach der Buchfassung: F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung, München–Berlin 1982).

„Habemus Papessam“

Aus *nichts als einem Monolog* besteht das Stück, zerhackt von TV-Werbe-Geflimmer à la USA, wie es im Jahre 2014, und in diesem Jahr spielt das Stück, wohl weltweit unumgänglich sein wird. Die da unentwegt monologisiert und immer wieder auch die möglichen Fragen ihrer Zuschauer rhetorisch mitaufnimmt, ist die amerikanische Pöpstin Johanna II., gerade demokratisch zum Oberhaupt der Katholischen Kirche gewählt. Was sie häppchenweise vorträgt, sind Abrisse über den eigenen, auch beruflichen, sprich: priesterlichen Werdegang, über die kirchliche und religiöse Entwicklung seit *Johannes XXIII.* und dem Zweiten Vatikanischen Konzil, über die Stellung

von Mann und Frau in der Kirche und im übrigen über ihr eigenes Glaubensbekenntnis einer Agnostikerin ... Eine Mischung aus persönlicher Standortbestimmung, Thronrede, Rede zur Lage der Kirche und Rudimentärkatechese, eingeleitet und beendet mit den Feststellungen „HABEMUS PAPESSAM“ und „Wir, Johanna II., sind bereit“.

Daß dies trotz allem nicht langweilig wird, dafür sorgt in erster Linie die Vortragskunst von *Maria Becker* vom Zürcher Schauspielhaus. Die Regie von *Leopold Lindtberg* zeichnet sich aus durch Zurückhaltung und Sparsamkeit im Einsatz von Mitteln. Stellen des Stückes, in denen allzu salopp und für den einen oder anderen Zuschauer schockierend über religiöse Inhalte dahergeredet wird, glättete man durch Auslassungen. Die Zuschauer wären sonst nur auf die falsche Fährte gesetzt worden. Denn verunglimpfen möchte Esther Vilar Kirche und Religion durchaus nicht. Immerhin wäre der Zeitpunkt der Aufführung für Mißverständnisse bestens geeignet: Die Schweiz bereitet sich momentan auf den *Besuch von Papst Johannes Paul II.* vor. Und negative Reaktionen seitens der Protestanten auf Pläne der Katholischen Kirche, in traditionell protestantischen Städten wie Genf und Zürich Bischofssitze einzurichten, haben im ökumenischen Klima der Schweiz einige Irritationen hervorgerufen. Und nun dieses Stück ... Das in einem Land, in dem Ökumene schon immer mindestens so viel mit Psychologie wie mit Theologie zu tun hat.

Stimmt Esther Vilar also die Zürcher auf den Papstbesuch ein? Gibt sie dem protestantischen Zürich Nachhilfeunterricht in Sachen Katholizismus? Womöglich dem Papst selbst Geleitschutz gegen seine progressiven Kritiker? Der Zuschauer, der Esther Vilar nur wenig kennt und